

Jahresabschlussgespräch 2016

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

„Unbeschränkte Zuwanderung können wir weder in Deutschland noch in Europa nicht bewältigen. Und wenn der deutsche Staat seine Grenzen nicht schützen kann, dann versagt er. Das Abkommen mit der Türkei war ein Fehler, denn auch Europa muss seine Grenzen selber schützen.

Auch darf der deutsche Sozialstaat nicht durch eine unregelmäßige Flüchtlingspolitik unterlaufen werden: Damit untergräbt man das Vertrauen der Bürger. Die FDP fordert seit lange ein Gesetz zur Steuerung der Zuwanderung. Wir sollten dabei lernen aus den Erfahrungen von klassischen Einwanderungsländern wie Kanada und Australien: die lassen auch nicht jeden rein. Es ist sehr bedauerlich, dass das die CDU auch heute noch ablehnt. Die CDU will nun schneller abschieben, heißt es. Sie regiert aber schon seit 2005: Was ist denn diesbezüglich in der Zwischenzeit passiert?

Wir erleben in den letzten zehn Jahren eine gravierende Umverteilung von Privat zum Staat. Von 2005 bis 2015 sind die Löhne um 23 Prozent gestiegen, die staatlichen Einnahmen wiederum um 50 Prozent. Der Staat hat 220 Milliarden Euro mehr eingenommen in diesem Zeitraum bis 2020 werden noch einmal 130 Milliarden Euro hinzukommen. Von diesen Mehreinnahmen fließt aber viel zu wenig in die Finanzierung von Investitionen und Zukunftsausgaben und zu viel in immer neue Sozialgeschenke. Skandalös ist dabei, in welchem Maße die Rentner bevorzugt und die Jugend benachteiligt wird.

Eindeutig ist die FDP für das Auslaufen des Soli. Das war eine Verfassungsrechtlich befristete Abgabe – und darin liegt ein politisches Versprechen an die Bevölkerung. Außerdem kämpft die FDP für eine Korrektur der alten Progression – nur dadurch fördert man eine echte Entlastung mittlerer Einkommen: Das heute ab 53.000 Euro der Spitzensteuersatz greift, ist ein Skandal.

Der Atomausstieg ist richtig, denn die Atomenergie ist eine Übergangsenergie. Aber Frau Merkel hat das überhastet eingeleitet und ohne Koordination mit unseren europäischen Nachbarn. Deshalb haben wir jetzt die teuersten Energiekosten der Welt – auch weil unsere regenerativen Energien nicht dem Wettbewerb ausgesetzt werden und die vorgegebenen Garantiepriese Korruption fördern. Die CDU kämpft dagegen nicht an, denn die Marktwirtschaftler in der Partei werden immer mehr verdrängt. Die FDP ist die letzte Partei der Marktwirtschaft: Wir kümmern uns um die Mitte der Gesellschaft, also die Menschen, die unseren Wohlstand erwirtschaften und vom Staat dafür schlecht behandelt werden.

Unsere Botschaft wird zu wenig wahrgenommen, weil die öffentlich-rechtlichen Medien uns totschweigen: Dadurch erreichen wir nicht die breite Öffentlichkeit. Europa ist unverzichtbar, vor allen in den Bereichen der Sicherheits- und Außenpolitik. Aber Brüssel hat darüber hinaus viel zu viel an sich gezogen. Das spüren die Bürger – und lehnen deshalb immer mehr Europa ab. Wir brauchen das Europa der Vaterländer, so wie de Gaulle es einst gefordert hat. Nur das ist realistisch.

Im Übrigen war es nach der Einführung des Euro der gravierendste Fehler, im Falle Griechenlands nicht sofort die No-bail-out Klausel angewandt zu haben. Damit ist ein echtes Überleben des Euro langfristig nicht mehr möglich.